

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	11.03.2013

Anfrage von Herrn Detjen in der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 28.01.2013 zu

4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011

Herr Detjen greift eine Passage des vorliegenden Berichtes auf, wonach die Anzahl der eingestellten schwerbehinderten Menschen im Jahr 2011 unter der der ausgeschiedenen schwerbehinderten Beschäftigten liege, was langfristig zu einer Unterschreitung der derzeitigen Schwerbehindertenquote von 6,91 % führen müsste.

Er bittet die Verwaltung um kurze Stellungnahme sowie ggfs. um ergänzende Beantwortung, welche Maßnahmen die Verwaltung hier plane zu ergreifen.

Die Verwaltung antwortet wie folgt:

Die Schwerbehindertenquote der Stadt Köln lag im Berichtszeitraum bei 6,91%, also deutlich über der gesetzlichen Pflichtquote von 5%.

Als Entwicklungstrend ist festzustellen, dass trotz höherer Anzahl ausgeschiedener als eingestellter schwerbehinderter Menschen die Beschäftigungsquote der schwerbehinderten Beschäftigten stetig ansteigt.

Der Grund dafür liegt in der demographischen Entwicklung. Das Alter und die Altersstruktur der Beschäftigten stehen in engem Zusammenhang mit der Schwerbehindertenquote. Behinderungen treten bei den meisten Menschen erst im Laufe ihrer Berufsbiographie durch Krankheit oder durch einen Unfall auf. Körperliche Behinderungen machen dabei den überwiegenden Teil der Behinderungsarten aus.

Der Altersdurchschnitt bei der Stadt Köln liegt beim Stammpersonal der Kernverwaltung bei 44,7 Jahren bzw. 44,8 Jahren für die Gesamtverwaltung.

Ein weiteres Ansteigen des durchschnittlichen Beschäftigtenalters bis auf ca. 48,6 Jahre wird im Jahr 2020 erwartet.

Ungeachtet dessen, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung einer Schwerbehinderung immer höher gesetzt werden und obwohl die Gleichstellung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst schwerer zu erreichen ist, trägt neben der demographischen Entwicklung auch die gute Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung und Beratung durch die Schwerbehindertenvertretungen ebenfalls zu dem Anstieg der Beschäftigungsquote der schwerbehinderten Beschäftigten bei.

gez. Kahlen